
558/A(E) XXVIII. GP

Eingebracht am 22.10.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Leonore Gewessler, Lukas Hammer, Freundinnen und Freunde

**betreffend Empfehlungen des Zweiten Österreichischen Sachstandsberichts
zum Klimawandel umsetzen**

BEGRÜNDUNG

Der Zweite Österreichische Sachstandsbericht zum Klimawandel (AAR2), veröffentlicht im Juni 2025, stellt die umfassendste wissenschaftliche Analyse zum Klimawandel in Österreich dar. Über drei Jahre arbeiteten mehr als 200 Wissenschaftler:innen aus über 50 Institutionen daran; rund 5 000 Studien dienten als Basis, begleitet von über 100 externen Gutachter:innen in einem mehrstufigen Peer-Review-Prozess.

Der Bericht zeigt die Auswirkungen der Klimakrise in Österreich sehr eindrücklich auf. Die durchschnittliche Temperatur in Österreich ist seit 1900 um ca. +3,1 °C gestiegen – rund doppelt so stark wie im globalen Mittel. Zudem haben Extremwetterereignisse – wie Hitze, Dürre, Starkregen, Muren – deutlich zugenommen und stellen gravierende Risiken dar für Gesundheit, Infrastruktur, Landwirtschaft und Tourismus.

Eine der Kernaussagen des Berichts ist, dass präventiver Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen deutlich kosteneffizienter sind, als die nachträgliche Schadensbewältigung. Die Bundesregierung trägt die Verantwortung, die Bürger:innen vor den schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise zu schützen und muss dafür jetzt Maßnahmen setzen, die klimafreundliches Verhalten ermöglichen und die Emissionen drastisch reduzieren. Dabei wird auch betont, dass es möglich ist, sowohl **Lebensqualität und Wohlstand zu sichern, Ungleichheiten abzubauen und die Transformation zu schaffen**.

Um das Ziel Klimaneutralität 2040 zu erreichen, sind tiefgreifende Veränderungen in allen Bereichen von Wirtschaft, Energie, Verkehr, Landwirtschaft und Gesellschaft notwendig. Der Bericht zeigt klar, dass ein bloßes Fortschreiben der aktuellen politischen Maßnahmen („business as usual“) nicht ausreicht. Stattdessen braucht es

einen umfassenden, strukturellen Wandel, der alle Sektoren gleichzeitig erfasst und rasch umgesetzt wird.

Ein zentrales Element ist dabei der **massive Ausbau erneuerbarer Energien**. Österreichs Energiesystem kann laut Bericht bis 2040 CO₂-neutral werden, wenn Strom aus Wind-, Wasser- und Sonnenenergie massiv ausgebaut wird. Nur so lässt sich der steigende Energiebedarf decken, der durch die notwendige Elektrifizierung anderer Sektoren entsteht. Denn Öl und Gas müssen konsequent ersetzt werden und das gelingt nur, durch die **Elektrifizierung und Dekarbonisierung von Industrie, Wohnbau und Mobilitätssektor**. Dafür sind neue Infrastrukturen, effiziente Technologien und ein schneller Wechsel zu emissionsfreien Alternativen nötig.

Neben dem technischen Wandel betont der Bericht, dass auch die **institutionellen und regulatorischen Rahmenbedingungen** grundlegend reformiert werden müssen. Bestehende Strukturen und Regeln behindern vielerorts die Transformation; sie müssen so angepasst werden, dass sie Innovation, Investition und gesellschaftliche Beteiligung fördern. Als Beispiel wird der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und der Umbau zu fußgängerfreundlichen Stadtvierteln genannt. Aber auch die Ökologisierung und gerechtere Aufteilung von bezahlter Arbeit und unbezahlter Betreuungsarbeit, die eine hohe Lebensqualität, mehr Gleichstellung und ein klimafreundliches Leben unterstützen.

Der Bericht betont auch, dass die Maßnahmen **sofort** umgesetzt werden müssen. Das verfügbare Zeitfenster wird schnell kleiner, das verbleibende Emissionsbudget für Österreich ist begrenzt und jede Verzögerung erhöht die Kosten. Der notwendige Wandel erfordert lange Vorlaufzeiten, hohe Investitionen und gesellschaftliche Akzeptanz. Je früher die Umstellung beginnt, desto größer sind die Chancen, die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Risiken der Klimakrise zu begrenzen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, wird aufgefordert,

- die Maßnahmen umzusetzen, die laut AAR2 notwendig sind, um die vom Europäischen Klimagesetz vorgeschriebenen Emissionsreduktionen und das nationale Ziel der Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen;
- die bestehenden Hürden (z.B. klimaschädliche Subventionen) abzubauen, die bisher wirksame Klimapolitik behindern;

- dem Nationalrat bis Ende dieses Jahres einen Fahrplan vorzulegen, welche Maßnahmen bis wann gesetzt werden und wie die Verantwortlichkeiten aufgeteilt sind;
- die nötigen Finanzmittel für die Transformation durch Mittel der öffentlichen Hand sowie durch Mobilisierung von privatem Kapital sicherzustellen;
- die Autor:innen des AAR2 bei der Erarbeitung des Fahrplans einzubinden.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuss vorgeschlagen.